

Wut und Trauer – zwei Klientinnen LeTRas wurden abgeschoben, unzählige weitere akut bedroht

München, 15. Dezember 2023

Von 2022 auf 2023 hat sich die Anzahl der Klient*innen der Geflüchtetenberatung bei LeTRa um über 75% von 210 auf über 370 erhöht. Der Grund ist klar: im Mai 2023 verabschiedete die ugandische Regierung das Anti-Homosexualitätsgesetz 2023 (Anti-Homosexuality Act, AHA 2023), welches hohe Gefängnisstrafen bis hin zur Todesstrafe für queere Personen einführte. Während umso mehr Menschen also Hilfe brauchen, verspricht die deutsche Regierung, so viel und so schnell wie noch nie abzuschieben.

Unsere Klient*innen leben über Wochen und Monate in Angst und Unsicherheit, ob in der Nacht oder am Morgen die Polizei kommt und sie abholt. Für viele wird diese Befürchtung gerade Realität. Während sich Menschenmassen aus Tourist*innen und Einheimischen auf Weihnachtsmärkten vergnügen, werden Menschen mitten in der Nacht von der Polizei nicht nur aus ihrem Bett, sondern aus ihrem ganzen Leben herausgerissen und abgeschoben.

In der Zeit, in der sie hier waren, haben sie sich ein neues Leben aufgebaut: Viele haben Freund*innen und Partner*innen gefunden, Therapien begonnen, angefangen Deutsch zu lernen. Eine unserer gerade abgeschobenen Klient*innen war als Peer-To-Peer-Beraterin aktiv, hat also sich selbst für andere Geflüchtete eingesetzt und sie unterstützt. Nachdem ihr Abschiebebescheid bei ihr angekommen war, war sie jedoch psychisch in so schlechter Verfassung, dass sie dies nicht fortführen konnte. Jetzt ist sie weg. Eine traurige Tatsache, die noch trauriger dadurch wird, dass ihre Partnerin, mit der sie gemeinsam in München lebte, ebenfalls abgeschoben werden soll – in ein anderes Land.

All diese mühsam aufgebauten Netzwerke und Verbindungen werden dann mit einem Schlag zerstört. Gerade für geflüchtete LGBTIQs sind diese Netzwerke immens wichtig. In München anzukommen, bedeutet oft, sich das erste Mal angstfrei in einer queeren Community bewegen zu können.

Diese erneute Entwurzelung bedeutet für viele ein weiteres Trauma. Betroffen davon sind jedoch nicht nur die Menschen, die selbst abgeschoben werden. Auch Zimmernachbar*innen, die durch den nächtlichen Polizeieinsatz aufwachen, bekommen in den folgenden Wochen kaum ein Auge zu. Partner*innen und Freund*innen werden die abgeschobene Person schmerzlich vermissen. Für diese bedeutet die Abschiebung nicht nur ein weiteres Trauma, sondern ein Neuanfang, der viel Kraft kostet.

Ein kleines Glück im Unglück: Die zwei Personen mussten nicht zurück in Uganda, wo ihr Leben akut bedroht wäre, sondern wurden nach dem Dublin-Verfahren nach Portugal und Belgien abgeschoben. Doch nicht alle haben das Glück, in einem dieser für LGBTIQ* „besseren“ Ländern zu landen. Vielen droht auch eine Abschiebung in ein queerfeindliches Land wie Polen oder gar die Abschiebung zurück nach Uganda.

Unabhängig von dem Ort, an den Menschen abgeschoben werden, finden wir es unmenschlich und ungerecht, Menschen von ihrem eigenen Recht auf die Bestimmung eines Aufenthaltsortes zu berauben und sie aus ihren Communities und Netzwerken zu entreißen. Sie werden schmerzlich vermisst.

Olaf Scholz' Ansage, in großem Stil abzuschieben, ist schneller real geworden, als wir je befürchtet hätten. Mit Sorge blicken wir auf das kommende Jahr: Wenn dies Asyl-Politik einer Ampel-Regierung ist, was erwartet uns dann noch?